Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 76 (1982)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : Polen im Teufelskreis

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Polen im Teufelskreis

Das Kriegsrecht und seine Folgen

Seit dem 13. Dezember 1981 regiert in Polen das Kriegsrecht. General Jaruzelski steht an der Spitze eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten «Rates der Streitkräfte für die nationale Rettung». Der Begriff «Kriegsrecht» hat den Vorteil, die von ihm gedeckten Maßnahmen nicht zu beschönigen. Ob das Kriegsrecht dem Militärrat dazu dient, die Herrschaft der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zu restaurieren oder das Land vor einer Intervention durch die Sowjetunion zu bewahren oder aber diese Intervention stellvertretend für die Sowjetunion vorzunehmen, ändert nichts an der Brutalität der Fakten, nichts an der Repression für das polnische Volk:

— Der Gewerkschaft «Solidarität», die zehn von 36 Millionen Polen vereinigt, bleibt jede Aktivität untersagt. Ihre Führung wurde festgenommen. Im Moment (Mitte Januar) sind noch rund fünftausend Personen interniert.
— Gestürmt wurden die Stützpunkte der «Solidarität», die Schiffswerften von Danzig, drei Stahlwerke und die Traktorenfabrik «Ursus» bei Warschau. Neun Menschen kamen bei Zusammenstößen mit den «Sicherheitskräften» («Sicherheit» für wen?) ums Leben, sieben davon in der Kattowitzer Kohlengrube Wujek.
— Die Schulen und Universitäten sind geschlossen. Der neu gegründete Unabhängige Studentenverband wurde verboten.
— Die Männer zwischen 18 und 45 Jahren leisten Zwangsarbeit. Für Arbeitsverweigerung in «lebenswichtigen Betrieben» droht die Todesstrafe.
— Die Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt, durch Sondergerichte unterlaufen oder doch erheblich eingeschränkt. Nur die Religionsfreiheit blieb unangetastet. Die Gotteshäuser füllen sich täglich mit betenden Menschen. «Opium» für die Leiden des «real existierenden Sozialismus»?

Die Nacht-und-Nebel-Aktion vom 12. auf den 13. Dezember war unter dem Decknamen «Kanarienvogel» schon lange geplant gewesen. Eine Nation, die in verträumter Geschichtsromantik die eigene Armee mit patriotischem Glorienschein umgab, ihr noch im letzten Sommer laut einer Meinungsumfrage zu 79 Prozent das Vertrauen aussprach, mußte erschüttert feststellen, wozu die Militärs letztlich da sind. Schon die

Einsätze der polnischen Armee bei den Arbeiterunruhen von 1956, 1970 und 1976 hätten zwar eine Warnung sein müssen, nicht weniger die Mithilfe bei der Besetzung der Tschechoslowakei 1968. Ist es heute mehr als eine einmalige Entgleisung, daß an den zwei aufeinanderfolgenden Tagen vom 22. und 23. Dezember das polnische Radio die Militärdiktaturen in der Türkei und in Argentinien für ihre Wiederherstellung von «Ruhe und Ordnung» lobte?

Niemand weiß, wie es weitergehen soll, auch der Militärrat nicht. Seine Losung, daß Polen weder in die Zeit vor dem August 1980 noch zur Situation vor dem 13. Dezember 1981 zurückkehren dürfe, ist inhaltlich zu dürftig, um die eigene Verlegenheit zu kaschieren. Die angekündigte Verteuerung der Grundnahrungsmittel um 300 bis 400 Prozent kann die fehlende Wirtschaftsreform nicht ersetzen, sie wird jedoch die Bevölkerung noch mehr demoralisieren. Die Repression erzeugt den passiven Widerstand, den sie brechen will. «Extremisten» von «Solidarität» werden als Sündenböcke ausgemacht. Auch die PVAP wird gesäubert, vor allem von Kommunisten mit Doppelmitgliedschaft in Partei und «Solidarität». Der Primas der katholischen Kirche Polens, Erzbischof Glemp, sprach am Abend des Dreikönigstages von Einschüchterungen und Berufsverboten, namentlich für Intellektuelle, Verwaltungsbeamte und Funktionäre der «Solidarität», die sich weigerten, eine Loyalitätserklärung für das Militärregime abzugeben. Eine derartige Vergewaltigung des Gewissens ist in der Tat unannehmbar, durch kein Notrecht zu entschuldigen, die Verletzung eines international anerkannten und völkerrechtlich verbrieften Menschenrechts. Der Teufelskreis von Gewalt und Repression auf der einen, von Haß und Verbitterung auf der andern Seite dreht sich weiter.

Die Eskalation einer Krise

Revolten gegen mangelhafte Versorgung und bürokratischen Schlendrian haben in Polen Tradition. Doch erst 1980 konnte aus dem Protest gegen die Erhöhung der Fleischpreise durch die Regierung Babiuch eine Massenbewegung entstehen, wie es sie größer und «proletarischer» in keinem Land seit dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Am 31. August willigte die Staatsmacht in den Gesellschaftsvertrag von Danzig ein, um durch diesen historischen Kompromiß mit der Basis, deren Vorhut man zu sein behauptete, Gesicht und Position zu wahren. Nur hatte schon damals weder die eine noch die andere Seite ein Konzept für die Gesundung der polnischen Wirtschaft. Auf die Frage, ob er nicht Angst habe, den Kampf gegen die Partei zu verlieren, gab Arbeiterführer Lech Walesa einem TV-Reporter zur Antwort: «Nein, vor dem Verlieren nicht, aber Angst habe ich für den Fall, daß wir gewinnen.» Ohne klares

Programm und ohne gewerkschaftliche Strategie, einig nur im Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse, hatte «Solidarität» zwar die Kraft, der Staatsmacht zu trotzen, war aber zu keinem Zeitpunkt in der Lage, Polen aus der ökonomischen Misere herauszuführen. Nicht anders verhielt es sich mit dem Partei- und Regierungsapparat, der wohl Initiativen der «Solidarität» blockieren, jedoch nicht zur gesellschaftlichen Erneuerung beitragen konnte. Ein erster Teufelskreis zeichnete sich ab.

Die Wirtschaftskrise nahm ihren Lauf: Die Versorgungsengpässe wurden immer spürbarer, das Bruttosozialprodukt schrumpfte im vergangenen Jahr um 15 Prozent, die Auslandverschuldung wird heute mit 52 Milliarden Franken angegeben. Mit fataler Zwangsläufigkeit bahnte sich eine letzte Entscheidung an. Staatsmacht und «Solidarität» gingen aufs Ganze. Während Partei und Regierung ihr Ueberleben durch den Militärrat vorbereiteten, meldete auch «Solidarität» den eigenen Machtanspruch immer offener an:

— Im September 1981 rief ein «Solidaritäts»-Kongreß «alle Arbeiter in Osteuropa» auf, den «schwierigen Weg des Kampfes für freie Gewerkschaftsbewegungen zu gehen».
— Auf den 17. Dezember wurde ein «Tag des nationalen Protestes und der Einheit» angekündigt. Ein Generalstreik drohte für den Fall, daß am 21. Dezember der Sejm der Regierung Jaruzelski Vollmachten für Ausnahmegesetze erteilte. An die Oeffentlichkeit gelangte Tonbandaufzeichnungen bestätigten den Willen der «Solidaritäts»-Führung zur «unvermeidlichen Konfrontation».
— In einzelnen Betrieben wurde bereits über die «führende Rolle der Partei» abgestimmt, mit verheerenden Resultaten für die Partei. Bis zum 15. Februar 1982 wollte «Solidarität» der Regierung die Vertrauensfrage durch ein Volksreferendum stellen. Noch in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember hat die Gewerkschaftsführung demokratische Wahlen gefordert.

Zweifellos verstieß «Solidarität» mit dieser Politik gegen das Abkommen von Danzig, das die «führende Rolle der PVAP» anerkannte und der Gewerkschaft die Enthaltung von «jeder politischen Betätigung» vorschrieb. Auf der anderen Seite hat aber auch die Regierung das Danziger Abkommen nicht immer respektiert, wie etwa ihr Taktieren in der Frage der arbeitsfreien Samstage oder das brutale Vorgehen gegen den Sitzstreik in Bromberg am 19. März 1981 zeigten. Es war letztlich ein reformunfähiges Herrschaftssystem, das «Solidarität» in die Rolle einer politischen Opposition hineinzwang.

Seltsam hört sich auch der Vorwurf an, «Solidarität» sei keine «sozialistische» Gewerkschaft gewesen. Wenn der Vorwurf zuträfe, hätte er immer noch den — sozialistischen — Grundsatz gegen sich, daß «Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden» (Rosa Luxem-

burg) ist. Der Vorwurf ist jedoch auch in der Sache verfehlt, da «Solidarität» einen Sozialismus der Tat praktizierte, der weit wichtiger ist als ein Sozialismus der verbalen Proklamation. Indem die Arbeiter von «Solidarität» für Selbstverwaltung und für das Recht auf die Wahl ihrer Direktoren kämpften, verhielten sie sich gewiß sozialistischer als jene, die um die «Nomenklatur», d. h. um die alleinige Verfügungsgewalt des Parteiapparates über die Besetzung von Kaderstellen in Wirtschaft und Politik, bangten. «Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir arbeiten», hatte Lech Walesa am 31. August 1980 im Sitzungssaal der Danziger Leninwerft erklärt. Und der heutige Vizeministerpräsident Rakowski konnte zu jener Zeit noch in einem Gespräch mit dem «Spiegel» (8. September 1980) sagen: «Die Ereignisse in Polen zeigen, daß die Arbeiterklasse sich als Souverän fühlt, und das ist gut für den Sozialismus.»

Das internationale Drohsystem — die eigentliche Ursache der polnischen Tragödie

Gescheitert ist in Polen der Versuch, das kommunistische Machtsystem durch eine neuartige Gewaltenteilung zwischen «führender» Partei und «unabhängiger» Gewerkschaft zu liberalisieren und zu demokratisieren. Grundsätzlich stellt sich daher die Frage, ob freie Gewerkschaften in den Oststaaten überhaupt eine Chance haben. Die polnische Regierung bejaht die Frage noch heute. Am Heiligen Abend erklärte General Jaruzelski in einer Radioansprache: «In Polens System ist Raum für eine selbstverwaltete Gewerkschaft. Es ist Raum für die verschiedenen Strömungen des öffentlichen Lebens.» Man mag freie Gewerkschaften im «real existierenden Sozialismus» für unmöglich halten, in Polen ist vieles «Unmögliche» möglich. Hier gab es schon lange vor dem Sommer 1980 so «unmögliche» Dinge wie eine mächtige unabhängige Kirche, mit eigener Presse und eigener Universität, ebenso die Tatsache, daß die meisten Bauernhöfe in privatem Besitz geblieben sind, eine halbherzig geduldete Untergrundpresse und eine «fliegende Universität». Aber auch der «real existierende Sozialismus» versteht sich nicht als das Ende der Geschichte. Seine Ideologie ist durchaus offen für Schritte in Richtung auf eine freie Gemeinschaft freier Menschen. Und das nicht nur theoretisch, wie das jugoslawische Modell bestätigt.

Was die polnische Partei- und Staatsmacht zur explosiven Unbeweglichkeit gegenüber «Solidarität» verurteilte, war wohl nicht nur ein Mangel an eigenem Reformwillen, alle Anzeichen deuten vielmehr darauf hin, daß die polnische Führung in ihrem Handlungsspielraum von außen, von der Sowjetunion beschränkt wurde:

— Seit August 1980 haben die Truppen des Warschauer Paktes alle

Vorbereitungen für eine mögliche Intervention in Polen getroffen. Dazu gehörten umfangreiche Manöver im September des vergangenen Jahres.

— Die sowjetische Führung hat das Zentralkomitee der PVAP mehrmals, besonders ultimativ am 6. Juni 1981, vor einer Fortsetzung des neuen politischen Kurses gewarnt und zum Durchgreifen gegen die «Konterrevolutionäre» aufgefordert.

— In einem Brief an den französischen KP-Chef Marchais hat General Jaruzelski das Kriegsrecht als die letzte Chance bezeichnet, um die «Internationalisierung der Krise», und das heißt im Klartext: die sowjetische Intervention, zu vermeiden.

Dennoch wäre es unredlich, die ganze Schuld an der polnischen Tragödie auf die Sowjetunion abzuwälzen. Es besteht kein Grund, in der Sowjetführung lauter aggressive Bösewichte am Werk zu sehen, sie gar mit der Hitlerdiktatur vor dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen und ihr zu unterstellen, sie würde am liebsten ganz Europa mit ihrem ungezügelten Appetit verschlingen. Das Verhalten der Sowjetunion kann nicht losgelöst von einem weiteren Teufelskreis, dem internationalen Abschreckungs- und Drohsystem, beurteilt werden. George F. Kennan trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt, die Sowjetführer seien «sich offensichtlich der Gefahr eines Zerfalls ihrer Vorherrschaft in Osteuropa und besonders in Polen sehr bewußt; und dies nicht, weil sie irgendein bewußtes Bedürfnis hätten, diese Völker zu mißhandeln oder zu unterdrücken, sondern weil sie jede weitere Verschlechterung der Situation in diesem Gebiet als eine Bedrohung ihrer politischen und strategischen Interessen in Deutschland betrachten» (TA-Magazin vom 9. Januar 1982). Polen ist für die Sowjetunion die strategische Brücke, das operative und logistische Aufmarschgebiet zur Westfront. Alle wichtigen Verbindungslinien zur DDR führen über Polen. Die schon beinahe neurotische Aengstlichkeit, mit der die Sowjetunion Polen nicht nur an die eigene Außenpolitik, sondern auch an das eigene Gesellschaftssystem bindet, hängt damit zusammen, daß nur ein Polen nach sowjetischem Modell der UdSSR die Gewähr für die Erhaltung ihres Glacis zu bieten scheint. Jede Liberalisierung würde das eigene Abschreckungs- und Drohpotential gefährden.

Daß die Sowjetunion auch anders kann, wenn sie ihre sicherheitspolitischen Interessen nicht gefährdet sieht, bewies sie schon 1948, als sie Jugoslawien in die Blockfreiheit entließ, oder 1955, als sie den von ihr besetzten Teil Oesterreichs räumte. Es war denn auch ein polnischer Außenminister, Adam Rapacki, der 1957 Pläne für eine atomwaffenfreie Zone in Europa vorlegte, nicht zuletzt um dem eigenen Land zu mehr innenpolitischer Entscheidungsfreiheit zu verhelfen.

Daraus folgt: Die wirkliche Befreiung des polnischen Volkes kann nur von einer Ueberwindung des internationalen Abschreckungs- und Drohsystems ausgehen. Solange die UdSSR befürchten muß, die Liberalisierung Osteuropas stärke einseitig nur den Westen und sein Militärpotential, wird sie alles unternehmen, um die Warschauer-Pakt-Staaten unter Kontrolle zu halten. Die Alternative zur sowjetischen Interventionspolitik gegenüber diesen Staaten oder gar zu einem kommunistischen Bonapartismus kann daher nur lauten: Abkoppelung Europas von der militärischen Zweiteilung der Welt, Bruch mit der Logik des Blockdenkens. Auch die Friedensbewegung darf sich durch die Ereignisse in Polen nicht einschüchtern lassen. Die Richtigkeit ihrer Forderung nach einem atomwaffenfreien und neutralen Europa von Portugal bis Polen wurde am 13. Dezember 1981 nicht widerlegt, sondern bestätigt. Wer den Polen helfen will, rüstet nicht auf, sondern ab.

Vom Recht, recht zu haben

Nicht alle, die heute gegen das Kriegsrecht in Polen protestieren, haben auch das Recht, recht zu haben. Kein solches Recht steht der US-Regierung zu, schon gar nicht das zusätzlich angemaßte Recht, mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen Polen und die UdSSR vorzugehen. Sanktionen zu ergreifen ist nicht Sache eines Staates oder einer Militärallianz. Sanktionen sind Maßnahmen der Rechtsdurchsetzung, die nur das zuständige Organ der Völkergemeinschaft, die UNO, beschließen kann. Man mag sich darüber streiten, ob einzelne Staaten anstelle einer — gerade in unserem Fall — funktionsunfähigen UNO völkerrechtliche Prinzipien durch wirtschaftliche Sanktionen durchsetzen dürfen. Nur müßten diese Staaten über mehr moralische Glaubwürdigkeit verfügen, als sie die Regierung Reagan für sich beanspruchen darf.

Mit Sicherheit drohte Polen kein «bewaffneter Putsch auf direkte Weisung Washingtons», wie die sowjetische Nachrichtenagentur «Tass» behauptete. Aber die Reagan-Administration macht bei jeder Gelegenheit deutlich, daß sie an der Stabilität der Warschauer-Pakt-Staaten nicht im geringsten interessiert ist. «Das Sowjetsystem» sei «weder nötig noch unvermeidlich», hat Außenminister Haig soeben an der Brüsseler Pressekonferenz vom 12. Januar erklärt. Und der amerikanische Sowjet-Experte Richard Pipes fügte unlängst hinzu: «Die Sowjetführer müssen zwischen einem friedlichen Wandel ihres kommunistischen Systems in der Art des Westens wählen oder einen Krieg auslösen.» Frieden gibt es demnach erst, wenn Rußland wieder kapitalistisch ist ... Wolf von Baudissin hat in einem Gespräch mit dem «Tages-Anzeiger» vom 13. Juli 1981 die wichtige Maxime geprägt: «Wenn wir an Entspannung interessiert sind, so sind wir an der Stabilität des andern Systems mit-

interessiert.» Indem die Reagan-Administration der gegenteiligen Maxime folgt, trägt sie eine offenkundige Unruhe in das östliche Staatensystem, die nur zu neuer Repression und zu neuer Unterdrückung führen kann.

Wie steht es ferner um die Glaubwürdigkeit einer amerikanischen Regierung, die für Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts zwei verschiedene Ellen bereit hält, je nachdem sie die Schuldigen unter «Kommunisten» oder unter «Freunden» ausmacht? Warum wirft Washington nur Polens Militärdiktatur die Verletzung der KSZE-Schlußakte von Helsinki vor, warum nicht auch den türkischen Generälen, die 30 000 Menschen aus politischen Gründen gefangenhalten, vor Folterungen und Hunderten von Todesurteilen nicht zurückschrekken? Warum zeigt sich die US-Regierung empört über die beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten, derweil das Pentagon Pläne für militärische Interventionen in Lateinamerika vorbereitet? Und warum läßt die Reagan-Administration keine UNO-Sanktionen gegen Israel zu, dessen Regierung die Konzentration der öffentlichen Meinung auf Polen dazu ausnützte, die Golan-Höhen in flagranter Mißachtung des Völkerrechts zu annektieren?

Vom Recht, recht zu haben, sind aber auch jene Kreise in der Schweiz auszunehmen, die «Solidarität» nur solange feiern, als deren Forderungen nicht auch im eigenen Land erhoben werden. Wie würden sie wohl reagieren, wenn der Schweizerische Gewerkschaftsbund ultimativ die Arbeiterselbstverwaltung forderte, nachdem sie schon bei der Mitbestimmungsinitiative das Zeter und Mordio des Klassenkampfes und der Systemveränderung schrieen? Und mit welchem Recht protestierte der Bundesrat mit seiner Erklärung vom 14. Dezember 1981 zur Lage in Polen? Wäre etwa ein Streik für die Selbstverwaltung in der Schweiz erlaubt? Wäre dies nicht ein politischer, ein illegaler Streik? Warum verzichtet nicht einmal der Entwurf für eine neue Bundesverfassung auf «Ordnungseinsätze» der Armee gegen streikende Arbeiter?

Wem die Freiheit mehr ist als ein Vehikel psychologischer Kriegführung, wer die Menschenrechte im Westen nicht anders verteidigt als im Osten, wer sie im Westen vor allem nicht durch das Produktionsmitteleigentum beschränkt, ja außer Kraft setzt, der fordere von Polens Militärrat

— die unverzügliche Freilassung aller unter Kriegsrecht Inhaftierten
— die Wiederherstellung der unabhängigen Gewerkschaft «Solidarität»
— die Durchführung der mit «Solidarität» vereinbarten Reformen, insbesondere der Arbeiterselbstverwaltung in Polen.